

Nur wenige Augenblicke Pressefreiheit

GRUNDRECHT China steht im Kreuzfeuer der Kritik, weil Journalisten bei ihrer Arbeit behindert werden. Weitaus mehr gefährdet ist aber, wer mit den Medien spricht.

VON KLAUS KOCH, DPA
UND MARCEL GRZANNA, MZ

HAMBURG/PEKING. Die Unesco formuliert eher diplomatisch und allgemein, die Zeitungsverleger werden deutlicher: Am Welttag der Pressefreiheit steht der Olympia-Ausrichter China mehr als sonst im Blickpunkt der Kritik. Der Weltverband der Zeitungen (WAN) stellt China sogar in den Mittelpunkt seines Aufrufs zum Internationalen Tag der Pressefreiheit, den die Vereinten Nationen auf Initiative ihrer Kulturorganisation Unesco seit 1994 jährlich am 3. Mai begehen. Unter dem Motto „Die olympische Herausforderung“ prangert der WAN, dem auch der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger angehört, die

Teil mit dem Tod bedroht. Der Klub der Auslandskorrespondenten FCCC in Peking, der 325 Mitglieder zählt, notierte zehn Fälle, in denen Reporter anonyme Todesdrohungen erhalten haben. „Wir fordern die Behörden auf, diese Vorfälle zu untersuchen“, sagt die FCCC-Vorsitzende Melinda Lu. Die Behörden tragen eine Mitschuld an der Eskalation. In einer beispiellosen Hetzkampagne wurden ausländische Medien und Journalisten namentlich auf den Titelseiten chinesischer Zeitungen denunziert, weil man ihnen Voreingenommenheit vorwirft. Zum Teil wurden die Korrespondenten öffentlich für Fehler verantwortlich gemacht, die in deren Heimatredaktionen fabriziert wurden.

Unverhohlene Drohung

Doch schon weit vor der Tibetkrise wurde deutlich, dass die olympischen Regularien, die in China seit 1. Januar 2007 für ausländische Journalisten gelten, nicht konsequent umgesetzt werden. Als brisantes Thema gilt Aids: Zunächst gelangt ein ausländisches Reporterteam mit Hilfe chinesischer Mitteleuropäer in eines der „Aids-Dörfer“

...Einschränkungen der Pressefreiheit in China an und bezeichnet das Land als „das weltweit größte Gefängnis für Journalisten“.

Telefon tot, Leitung unterbrochen

Beispiele aus dem Alltag: Eine junge China-Korrespondentin will gerade auf die erste Frage des Live-Telefon-Interviews antworten. Es geht um den Dalai Lama. Da dringt ein chinesisches Stimmengewirr durch den Hörer an ihr Ohr. Wenige Augenblicke später ist die Leitung tot. Alle weiteren Versuche per Mobiltelefon mit der Redaktion des TV-Senders Kontakt aufzunehmen, schlagen an diesem Tag fehl. Der Hinweis „Anruf gesperrt“ taucht im Sichtfenster auf. Zufall?

Ein anderer Korrespondent muss sich zum Datentransfer auf einen Server in Deutschland einwählen, sein Thema: Gewalt und Tote in Tibet. Der Transfer ist langsam, die Übertragung bricht nach wenigen Minuten ab. Um dem Problem auf die Spur zu kommen, installieren die Betreiber des Servers eine neue Sicherheitssoftware. Diese registriert fortan bis zu zehn Hacker-Angriffe pro Minute und lokalisiert den genauen Ausgangspunkt der Attacken. Sie stammen von einem Computer aus Peking. Auch Zufall?

Ausländische Journalisten haben in China nicht nur mit ominösen Technikproblemen zu kämpfen. Sie werden seit Beginn der Tibetkrise zum

...in der Henan-Provinz, um mit den Bewohnern zu sprechen. In diesen Orten haben sich große Teile der Bevölkerung in den 90er Jahren bei öffentlichen Blutspende-Aktionen mit dem HI-Virus angesteckt. Doch Journalisten können hier nur wenige Stunden ihre Anwesenheit vor Behörden verheimlichen. Bald taucht ein Spitzel auf und verrät ihre Absichten. Wer den Behörden hier dennoch entwischt, muss damit rechnen, spätestens bei eigens errichteten Polizeikontrollen irgendwo anders im Regierungsbezirk ins Netz zu gehen. Die Journalisten werden an der Weiterreise gehindert, zur „Registrierung“ gebeten. Dann wird von den Zivilbeamten nachdrücklich auf „Kooperation“ gedrängt: Foto-, Film- und Tonbandaufnahmen sollen herausgegeben werden.

Zum Glück für die Ausländer gibt es im Pekinger Außenministerium inzwischen eine Hotline für genau solche Fälle. Die Beamten in der Hauptstadt erinnern die Bezirksvertreter eindringlich an die Tatsache, dass es keine Handhabe gibt, den Journalisten wegen ihrer Recherchen illegale Praktiken nachzuweisen. Ein Mittel, das vor 2007 häufig Wirkung gezeigt hatte. Dafür aber greifen einige lokale Vertreter zu anderen Maßnahmen: Drohungen gegen Informanten oder Helfer der Journalisten. „Wenn sie nicht kooperieren, ist das Schicksal ihres Fahrers besiegelt“, sagt man Reportern.